Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr.79/20.01.2017

Liebe Leserinnen und Leser,

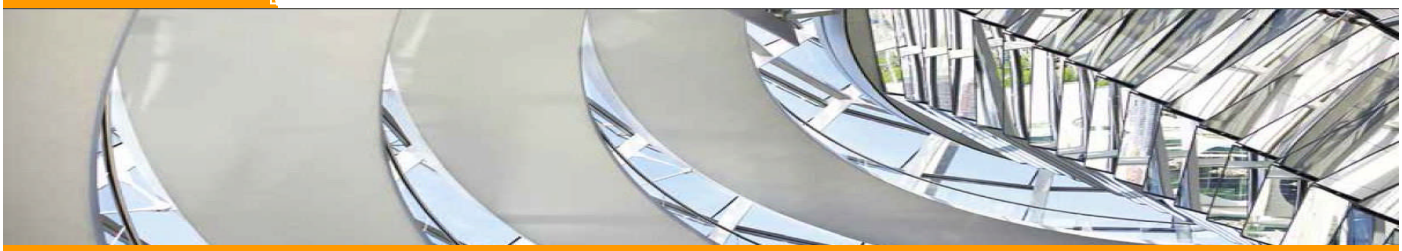
als erster Monat im neuen Jahr steht der Januar wie kein anderer für Aufbruch, Hoffnung und Tatendrang. Unsere Vorsätze sind noch frisch und der Blick geht nach vorn. Im Bewusstsein der politischen Entwicklungen und internationalen Ereignisse des letzten Jahres wissen wir aber auch, dass uns die kommenden Monate stark fordern werden. Nicht zuletzt die bewegende Gedenkstunde im Bundestag für die Terroropfer vom Berliner Weihnachtsmarkt mahnt dazu, keine Zeit zu verlieren und wichtige Entscheidungen zu treffen, damit Deutschland ein sicheres, stabiles und friedliches Land bleibt.

Vor diesem Hintergrund fand auch die Klausurtagung des CDU-Bundesvorstands im Saarland statt. Die Saarländische Erklärung macht deutlich: Wir werden hassgeleiteten Fanatikern und Terroristen einen wehrhaften Rechtsstaat entgegenstellen, der die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger verteidigt. Die Vorschläge der Union für die Erhöhung der Inneren Sicherheit durch noch mehr Polizei, eine verstärkte Videoüberwachung im öffentlichen Raum, eine verbesserte Kontrolle im Cyberbereich, eine intensivere europäische Zusammenarbeit sowie durch eine konsequente Festsetzung von Gefährdern, sind Ausdruck eines starken Staates, auf den die Menschen vertrauen können.

Vertrauen und Verlässlichkeit schafft auch die weiterhin hervorragende Konjunkturlage. In schwierigen Zeiten ist sie ebenso ein Sicherheits- und Stabilitätsanker und damit ein Markenzeichen der CDU. Mein guter Vorsatz lautet deshalb auch im Bundestagswahljahr 2017: Ich werde mit allen Kräften weiter am Erfolg dieser Marke arbeiten. Für eine gute Zukunft Deutschlands mit sicherem Wohlstand und festem Zusammenhalt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Annette Widmann-Mauz



Impressum
Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 –77217
Telefax: 030/ 227—76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

CDU

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 79/20.01.2017

Aktuelles

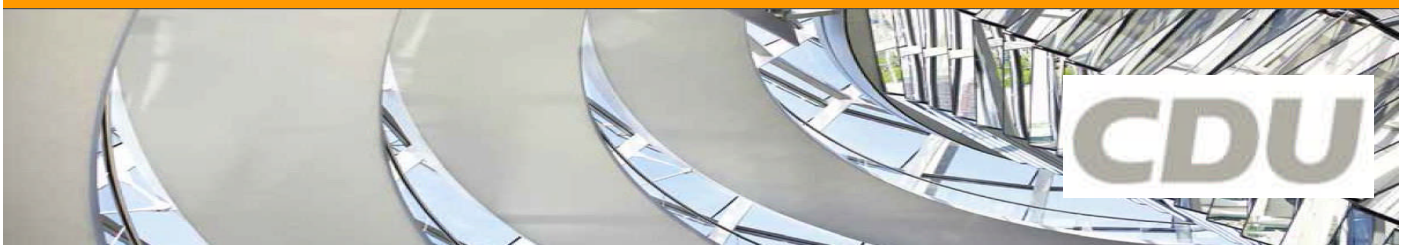
Innere Sicherheit stärken

In der bisherigen Legislaturperiode hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bereits einige wichtige Schritte und Maßnahmen hinsichtlich der inneren Sicherheit erreicht. So wurden etwa eine Aufstockung des Personals in den Sicherheitsbehörden und die Ausweitung entsprechender Befugnisse beschlossen. Weitere Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit – da ist sich die Regierungskoalition einig – gilt es auf den Weg zu bringen.

Dazu zählt u.a. ein weitergehender Einsatz mit Fußfesseln bei Gefährdern. Zudem konnte die CDU/CSU-Fraktion konkrete Vorschläge für die Senkung der Hürden bei der Abschiebehaft und eine Verlängerung des Ausreisegewahrsams erzielen. Die Einführung einer Residenzpflicht beinhaltet eine Verschärfung der Auflagen für den Wohnsitz, was eventuelle Täuschungsmöglichkeiten ausschließen kann. Mit der Erleichterung der Voraussetzungen für Abschiebehaft wird zum einen ein neuer Haftgrund für diejenigen, von denen eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eine Terrorgefahr ausgehe, realisiert. Zum anderen kann die Haft auch dann verhängt werden, wenn sie möglicherweise länger als drei Monate dauert, die Herkunftsländer die erforderlichen Passersatzpapiere aber nicht ausstellen.

Auch schärfere Überwachungsauflagen für ausreisepflichtige Personen werden umgesetzt. Im Falle einer eventuellen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch diese Personen können auch Fußfesseln eingesetzt werden. Diese können ebenfalls bei sog. „Gefährdern“ unter bestimmten Voraussetzungen angewendet . Hier ist vor allem die Umsetzung auf Landesebene besonders wichtig. Darüber hinaus liegt dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) bereits ein Gesetzesentwurf zur Einführung der Fußfessel für verurteilte Straftäter vor.

Die Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus und Radikalisierung gilt es zu verstärken. Insbesondere im Bereich des islamistischen Terrors müssen die Maßnahmen ausgeweitet und verbessert werden. Eine europaweite Zusammenarbeit diesbezüglich ist daher von großer Bedeutung. Das Bundesinnenministerium wird in Kürze den Gesetzesentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung einbringen. So können Gefährdungen von denjenigen, die über den Luftverkehr nach Europa und Deutschland einreisen, minimiert werden. Dafür soll und muss der Informationsaustausch auf EU-Ebene verbessert werden. Nur so können zukünftig Informationslücken und mangelhafte Kommunikation ausgeschlossen werden.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 79/20.01.2017

Aktuelles

Zu den Maßnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit zählt zudem die wirksame Bekämpfung des Einbruchdiebstahls. Einbruchdiebstahl ist kein Kavaliersdelikt. Die CDU/CSU-Fraktion fordert daher eine Mindeststrafe von einem Jahr. So kann auch die Einstellung von Verfahren deutlich erschwert werden. Das Instrument der Telekommunikationsüberwachung muss von den Strafermittlungsbehörden zur Aufklärung dieser Straftaten eingesetzt werden können. Dafür braucht es einen entsprechenden Gesetzesentwurf aus dem zuständigen BMJV.

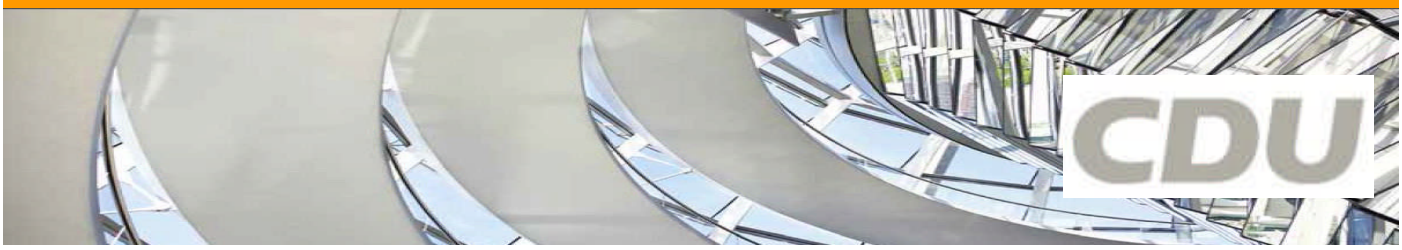
In bewegten Zeiten wie diesen ist es wichtiger denn je, die Innere Sicherheit auszubauen und so das allgemeine Sicherheitsgefühl auch gesetzlich zu stärken. Mit der Ausweitung der sicherheitspolitischen Maßnahmen wird die Innere Sicherheit der Bundesrepublik langfristig und vor allem effektiv verbessert und gestärkt.

Kein NPD-Verbot

Am Dienstag hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, die NPD trotz ihrer verfassungswidrigen Ziele aufgrund fehlender Anhaltspunkte nicht zu verbieten. Das Verbot sei nicht gescheitert, weil diese keine verfassungsfeindlichen Ziele verfolge. Die NPD sei lediglich zu schwach und unwichtig, um ihre Ziele tatsächlich zu realisieren.

Die Ideologie der NPD ist mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar und missachtet die Menschenwürde – das betonte das oberste Gericht der Bundesrepublik in seinem Urteilsspruch ebenfalls. Die politische Auseinandersetzung mit der NPD, ihrer verfassungsfeindlichen Gesinnung und ihren verfassungsfeindlichen Zielen muss deshalb weiter fortgeführt werden. Dazu wird die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auch Handlungsspielräume des Gesetzgebers bei der Parteienfinanzierung sorgfältig prüfen.

Es bleibt festzuhalten: Verbot allein beseitigt weder Ausländerfeindlichkeit noch Rassismus – dafür braucht es insbesondere die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema. Eine klare Haltung gegen rechte Hetze ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 79/20.01.2017

Aktuelles

Effektiv gegen Fake-News

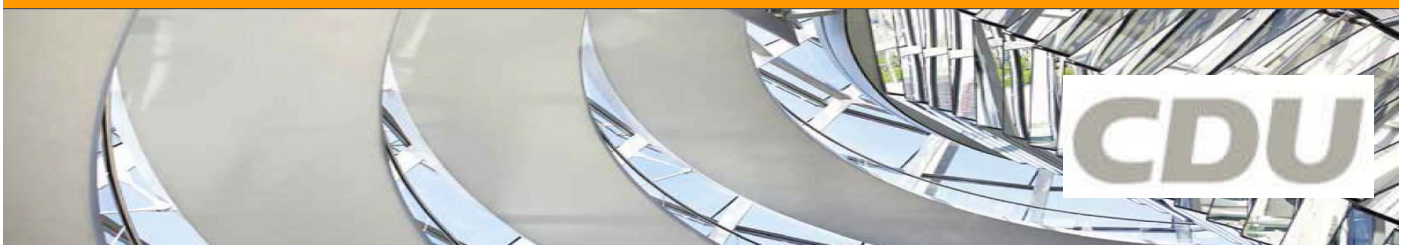
Soziale Medien bieten viele Möglichkeiten der politischen Kommunikation. Aber: Sie können auch Gefahren bergen. Zunehmend sind Facebook, Twitter und Co. zu Plattformen geworden, auf denen Falschmeldungen und Hassbotschaften verbreitet und andere Menschen herabgewürdigt werden. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie die Personen, die diese Meldungen erstellen. Die Betreiber sozialer Medien tragen jedoch eine Mitverantwortung, da sie die Instrumente für eine massenhafte Verbreitung zur Verfügung stellen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat schon frühzeitig gefordert, dass rechtswidrige Kommentare in sozialen Medien schnellstmöglich wieder gelöscht werden sollen. Es gilt, die bereits bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen effektiver auszugestalten und durchzusetzen.

Die von Hetze Betroffenen müssen schnell zu ihrem Recht kommen. Deshalb sollen die Betreiber verpflichtet werden, leicht zugängliche Beschwerdestellen anzubieten und innerhalb von 24 Stunden auf gemeldet Hasskommentare und verleumderische Fake-News zu reagieren. Ansonsten soll eine empfindliche Strafzahlung erfolgen. Das Bußgeld muss wirken und im Zweifel auch wehtun. Es geht neben dem Schutz der Persönlichkeit um nicht mehr und nicht weniger als den Schutz unserer Demokratie, deren Grundlage in einem offenen Meinungsaustausch im Rahmen der Rechtsordnung besteht.

Verleihung des Mérite Européen in Gold an Prof. Dr. Rita Süssmuth

Die frühere Bundestagspräsidentin, Bundesministerin und Ehrenpräsidentin der Frauen Union der CDU Deutschlands wurde diesen Donnerstag mit dem Mérite Européen in Gold für ihre Verdienste um Europa ausgezeichnet. Auch die Bundesvorsitzende der Frauen Union, Annette Widmann-Mauz MdB, nahm an der Verleihung teil.

(Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung, Stefan Stahlberg)



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 79/20.01.2017

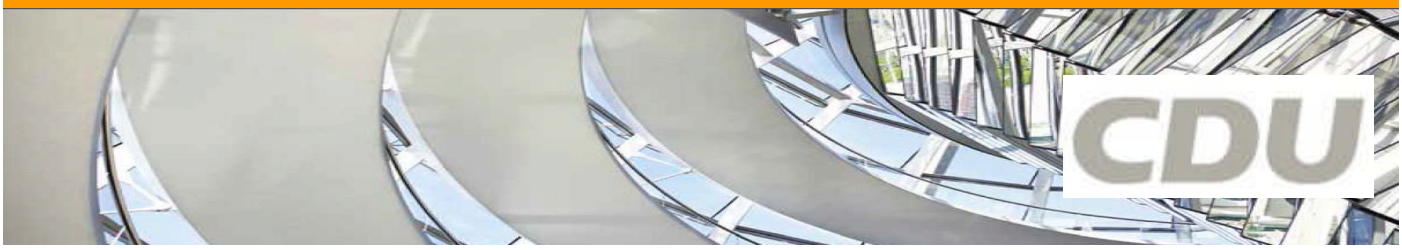
Aktuelles

Annette Widmann-Mauz tritt erneut für die CDU im Wahlkreis Tübingen-Hechingen zur Bundestagswahl an

Eine hohe Teilnehmerzahl und ein ebenso hohes Ergebnis für Annette Widmann-Mauz MdB bei der Wahlkreismitgliederversammlung der CDU Kreisverbände Tübingen und Hechingen sorgten für einen erfolgreichen Einstieg in das Bundestagswahljahr 2017. Mit einem Nominierungsergebnis von 98,2 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt Annette Widmann-Mauz MdB den erhofften starken Rückhalt, um als CDU-Kandidatin das Direktmandat erneut zu verteidigen. „Ich bin überglücklich, unendlich dankbar und hochmotiviert, weiter dafür zu arbeiten, dass unsere Heimat für jeden von uns lebenswert und chancenreich bleibt“, erklärte die sichtlich gerührte Annette Widmann-Mauz MdB.

„Die Mehrheit der Menschen in unserem Land wünscht sich ein Leben in Frieden, Stabilität und Sicherheit“, hob Widmann-Mauz MdB in ihrer Rede hervor und führte dies auf die globalen Krisen und Konflikte außerhalb sowie innerhalb der Europäischen Union zurück. Um ein Auseinanderdriften zwischen und innerhalb von Staaten zu verhindern, sei es deshalb wichtig, sich auf das zu besinnen, was Deutschland und Europa in den vergangenen 70 Jahren stark gemacht hat. Die Parlamentarische Staatssekretärin begründete dies mit Handlungskonstanten, auf die sie immer wieder zurückkam: Eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze, einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem weltoffenen und toleranten Deutschland und die Geltung von Recht und Gesetz.

Den CDU-Mitgliedern versprach sie, alles zu tun, um Rot-Rot-Grün im Bund zu verhindern, damit Deutschland ein modernes, erfolgreiches und geachtetes Land bleibt. „Dazu müssen wir die Menschen auch emotional erreichen. Aber: Ihre Probleme müssen wir rational angehen. Gerade in Zeiten wie diesen braucht es Demokraten mit Haltung, die präsent und ansprechbar sind! Ihre Parteifreunde schwor Widmann-Mauz MdB auf einen Haustür-Wahlkampf ein. „Wir werden manche Anfeindung zu ertragen haben. Aber Politik ist ein Mannschaftsspiel. Nichts motiviert mehr und macht mich dankbarer, als die Gewissheit, dass ein starkes und vertrauensvolles Miteinander die Aussicht auf gemeinsame Erfolge steigert!“ Der anhaltende Beifall am Schluss ihrer Rede gab Annette Widmann-Mauz MdB zweifellos Recht.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 79/20.01.2017

Aktuelles

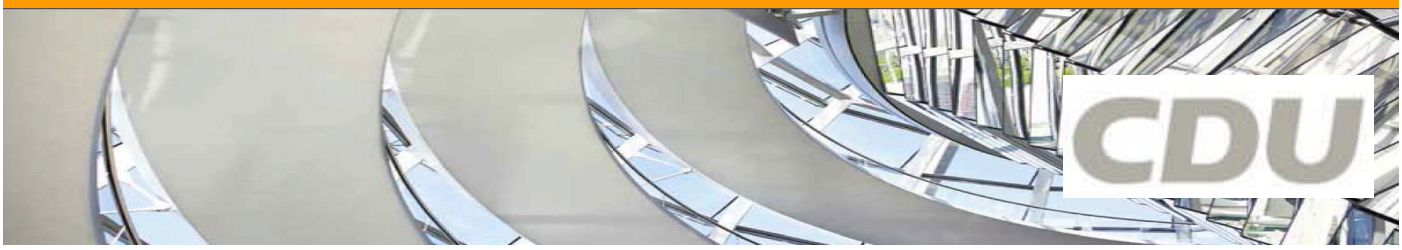
Widmann-Mauz MdB: Der Einsatz hat sich gelohnt – Bund baut Bahnhof Ergenzingen barrierefrei aus

Im Juli 2016 hatte die Bundestagsabgeordnete und-Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB bei einem Vor-Ort-Termin mit Oberbürgermeister Stephan Neher, dem Ortsvorsteher Reinhold Baur sowie den Mitgliedern des Rottenburger Gemeinderats und dem Ergenzinger Ortschaftsrat am Bahnhof Ergenzingen versprochen, sich für den barrierefreien Ausbau des Bahnhofs einzusetzen.

„Ich freue mich sehr, dass der Bahnhof Ergenzingen noch nachträglich im Bundesprogramm zur Modernisierung kleinerer Bahnstationen berücksichtigt werden konnte und somit endlich barrierefrei ausgebaut werden kann. Der Einsatz beim Bund, der Bahn und gegenüber dem Land Baden-Württemberg hat sich ausgezahlt. Das Bundesverkehrsministerium hat nun den Weg für eine Kofinanzierung von Bund und Land frei gemacht. Dies ist umso erfreulicher, da die ehemalige grün-rote Landesregierung den Bahnhof Ergenzingen ursprünglich nicht für eine Ausbauförderung beim Bund angemeldet hatte“, erklärt die CDU-Bundestagsabgeordnete und kündigt an: „Der Bahnhof Ergenzingen ist damit einer von 25 bundesweit zusätzlich aufgenommenen Stationen, die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogrammes (ZIP) bis 2018 profitieren werden.“

Die ZIP-Förderung umfasst insgesamt 132 Stationen mit einem Investitionsvolumen von rund 160 Millionen Euro. Der Bund übernimmt die Hälfte der Fördersumme, also rund 80 Millionen Euro. Im Fokus stehen dabei Bahnhöfe mit weniger als 1000 Ein- und Aussteigern pro Tag, die eine barrierefreie Wegeleitung, wie stufenfreie Bahnsteigzugänge und eine optimierte Bahnsteighöhe erhalten sollen. Widmann-Mauz MdB: „In Ergenzingen geht es vor allem um den Bau von Aufzugsanlagen und angeglichenen Bahnsteighöhen, die den Zugang erleichtern. Wegen seiner ungünstigen Zugangsbedingungen stand der Bahnhof in Rottenburg-Ergenzingen bereits mehrfach in der Kritik. Ich bin froh, dass es durch die gute Zusammenarbeit mit den örtlichen Kommunalvertretern gelungen ist, diese Mobilitätslücke für die Ergenzinger Bürgerinnen und Bürger zeitnah zu schließen. Allen Beteiligten und Engagierten danke ich ganz herzlich.“

(Foto: Ortstermin Bahnhof Ergenzingen, Juli 2016)



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 79/20.01.2017

Aktuelles

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg traf sich mit dem Technischen Hilfswerk

Zu Beginn dieser Sitzungswoche traf sich die Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mit der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg zu einem Gedankenaustausch mit dem Technischen Hilfswerk (THW) und ihrem Präsidenten Albrecht Broemme. Er dankte den Abgeordneten für die verlässliche finanzielle Unterstützung durch die deutlichen Mittelzuwächse im Bundeshaushalt und berichtete über die aktuellen Einsätze des THW sowie die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Helfer im Land. Einmal mehr wurde aber klar: Das THW leistet wichtige und unersetzbare Arbeit im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes!

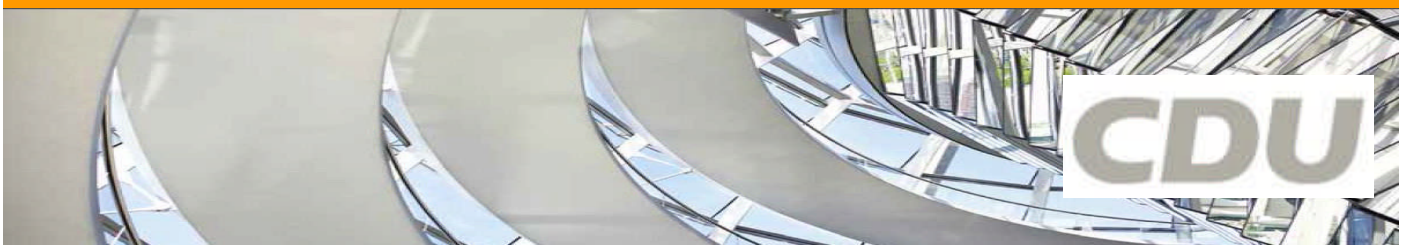
(Foto: CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg mit dem Präsidenten Albrecht Broemme und Mitarbeitern des THW)

Diskussionsrunde zum Selbstverwaltungsstärkungsgesetz

Die Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB nahm diesen Mittwochabend an der Diskussionsveranstaltung "Selbstverwaltung: bald nur noch ein Feigenblatt - Das Selbstverwaltungsstärkungsgesetz" beim GKV-Spitzenverband in Berlin teil.

(Foto: Annette Widmann-Mauz MdB in der Diskussionsrunde, u. a. mit der GKV-Vorstandsvorsitzenden Dr. Doris Pfeiffer)

Beim Selbstverwaltungsstärkungsgesetz (SVSG) geht es in erster Linie um Vertrauen in die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen und um die Stärkung ihrer Funktions- und Handlungsfähigkeit. Darüber diskutierte Annette Widmann-Mauz MdB angeregt mit Vertretern aus Politik, Krankenkassen und Wissenschaft.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 79/20.01.2017

Aktuelles

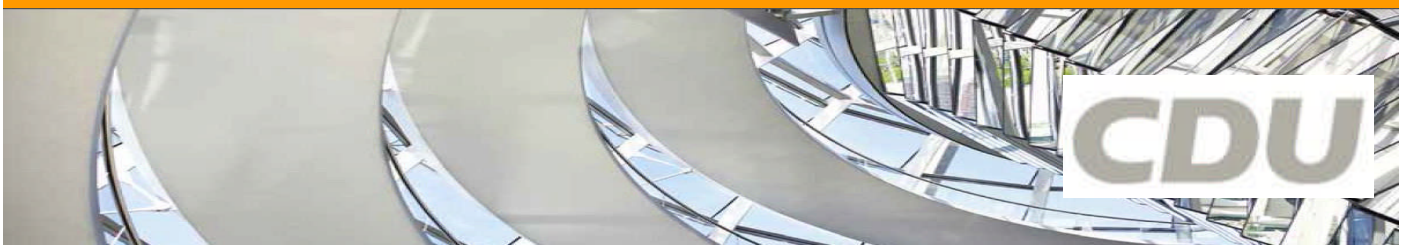
Deutsches Wirtschaftswachstum auf Vierjahreshoch

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr mit einem Plus von 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr so stark gewachsen wie zuletzt im Jahr 2011. Damit zeigte sich die konjunkturelle Lage wie schon in der Vergangenheit äußerst solide. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, trugen vor allem die privaten Konsumausgaben mit einem preisbereinigten Zuwachs von 2,0 % zur positiven Entwicklung bei. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen im Vergleich mit + 4,2 % sogar noch stärker an. Als weitere Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums erwies sich die Investitionstätigkeit. Die preisbereinigten Bauinvestitionen legten im Jahr 2016 um 3,1 % zu. Dies führte neben mehr Wohnraum auch zur Belebung des Baugewerbes, das gemeinsam mit allen anderen Wirtschaftsbereichen besonders positiv zur Bruttowertschöpfung beitrug. Die gute konjunkturelle Lage wirkte sich auch erfreulich auf den Arbeitsmarkt aus, wo mit 43,5 Millionen der höchste Stand von Erwerbstätigen seit 1991 gemessen werden konnte. *(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

www.facebook.com/widmannmauz

www.twitter.com/AWidmannMauz

Daten & Fakten

Aufwärtstrend beim Nachwuchs

Die Geburtenrate in Deutschland hat im Jahr 2015 einen neuen Höchststand erreicht. Mit 1,50 Kindern je Frau erreichte die zusammengefasste Geburtenziffer den höchsten Wert seit 33 Jahren. Damit setzt sich die positive Entwicklung bei der Zahl der Neugeborenen seit dem Jahr 2012 fort. Besonders viele Kinder wurden in den ostdeutschen Bundesländern geboren, im Schnitt 1,56 Kinder je Frau. Entsprechend führen Sachsen (1,59), Thüringen (1,56) und Mecklenburg-Vorpommern (1,55) als Spitzengruppe das Länderranking an. Das durchschnittliche Alter der Mütter blieb fast unverändert bei 31 Jahren. Die Mütter der Erstgeborenen waren 2015 durchschnittlich 29 Jahre und 7 Monate alt. Beim zweiten beziehungsweise dritten Kind waren die Mütter knapp 32 beziehungsweise 33 Jahre alt. *(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Statistisches Bundesamt)*